A10 9. Krisensicherheit garantieren

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)
Tagesordnungspunkt:	3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die auf Krisen aller Art vorbereitet ist! Deshalb fordern wir **verbindliche Katastrophenschutzpläne auf allen Ebenen**, die Hochwasser, Blackouts und andere Notfälle abdecken, sowie die konsequente Umsetzung und Finanzierung von **Klimaanpassungskonzepten**, um Städte und Gemeinden widerstandsfähiger gegen Extremwetterereignisse zu machen. Besonders **Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung** müssen gezielt geschützt werden.

Der Katastrophenschutz muss finanziell abgesichert sein, damit im Ernstfall keine Lücken entstehen. Kommunen benötigen ein eigenes gesichertes **Budget für Notfallinfrastruktur sowie Investitionen in klimaresiliente Maßnahmen** – von **Hitzeschutzräumen** über **die Umsetzung von Schwammstadtkonzepten** bis hin zu einer **hitzeresistenten Stadtplanung** mit mehr Grünflächen und Frischluftschneisen. Regelmäßige **Klimarisikoanalysen** sollen helfen, frühzeitig Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Der **verpflichtende Katastrophenschutztag an Schulen** soll **flächendeckend auf alle Klassenstufen** ausgeweitet und mit einem einheitlichen Konzept unterlegt werden. Durchführende Organisationen wie die Feuerwehr, das THW und die DLRG, sollen speziell dafür geschult werden und für entsprechende Bildungstage an Schulen verpflichtend freigestellt, sowie mit einer entsprechenden **ausgleichenden Entschädigung** vergütet werden. Das Konzept soll außerdem auf weitere öffentliche Einrichtungen, wie **Ämter und Hochschulen, ausgeweitet** werden.

In Notfällen zählt jede Sekunde – junge Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Rettungsdienste und Krankenhäuser jederzeit einsatzbereit sind. Deshalb fordern wir, die **Notfallpläne für Rettungsdienste und Kliniken auf jede Art von Krisen anzupassen**, damit in Krisensituationen keine wertvolle Zeit verloren geht und auch bei anhaltenden Krisen Material und Personal durchgehend zur Verfügung stehen. **Krisenbotschafter*innen** müssen als feste Ansprechpersonen geschult werden, um im Notfall für Bürger*innen da zu sein.

Die **Notstromversorgung für Arztpraxen, Rettungsdiensteund andere**

Blaulichtorganisationen muss ausgebaut und staatlich gesichert werden. Dabei müssen all diese Organisationen wie die Feuerwehr, die DLRG, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter, die Malteser, der Arbeiter-Samariter-Bund und das Technische Hilfswerk mit moderner Technik und Ausrüstung für Extremwetterlagen und andere Krisen ausgestattet werden. Gerade **Ersatzausstattung** muss im Notfall schnell zur Verfügung gestellt werden und darf sich nicht durch ungeklärte Finanzierung verspäten. Im Notfall muss das Land hier einspringen und **finanzielle Mittel bis zur Klärung der Finanzierungsfrage** vorstrecken. Es braucht **klare Einsatzstrukturen**, damit Ehrenamtliche und Spontanhelfer*innen in Notsituationen effizient eingesetzt werden und nicht im Chaos untergehen. Um diese essenzielle Arbeit von Ehrenamtlichen sicherzustellen braucht es eine rechtliche Gleichstellung aller Helfer*innen. Ehrenamtliche des DRK, der DLRG, der Johanniter, Malteser oder des ASB müssen, wie es auch bei der Feuerwehr geregelt ist einen rechtlichen Anspruch auf Freistellung im Einsatzfall haben.

Gute Arbeitsbedingungen sind auch im öffentlichen Dienst entscheidend, damit im Notfall genug Personal zur Verfügung steht. Deshalb braucht es bei der Polizei und anderen verbeamteten Berufen eine **Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit** von 41 auf unter 40 Stunden sowie eine **angemessene Erhöhung der Erschwerniszulage (LOD)** auf 5 € statt der bisherigen 1,28 €. Gerade in belastenden Schichtsystemen müssen faire Löhne und Arbeitszeiten gewährleistet sein.

Um die medizinische Versorgung auch in Krisensituationen zu sichern, braucht es außerdem **finanzielle Mittel für den Ausbau von Notfallkapazitäten sowie ein digitales Verzeichnis für Pflegekräfte**, um im Krisenfall schnell Personal mobilisieren und organisieren zu können. **Kleinere Katastrophenschutzorganisationen wie die DLRG müssen finanziell** durch das Land mehr unterstützt werden, um neben der Feuerwehr flächendeckend Bildungsangebote zur Krisenprävention durchführen zu können. Zudem muss die **Freistellung der Ehrenamtlichen** nicht nur im Katastrophenfall verpflichtend werden, sondern auch, wenn diese wichtige Präventions- oder Bildungsaufgaben übernehmen.

Zusätzlich fordern wir eine **schnelle Digitalisierung der Verwaltung**, um in Krisen wie einer Pandemie handlungsfähig zu bleiben. Terminvergaben und Anträge müssen digital und unkompliziert möglich sein – ohne bürokratische Hürden. Wer in einer Krise Hilfe braucht, darf nicht in endlosen Wartezeiten oder Formularen steckenbleiben. Krisenvorsorge darf nicht länger vernachlässigt werden – jetzt braucht es konsequentes Handeln!